

### **Umfrage: 90 Prozent fordern Maßnahmen der Politik gegen Autokrise** Autofahrer favorisieren eine Anpassung des Verbrennerverbots und eine verstärkte Förderung der E-Mobilität / Klare Absage an Staatshilfen für Konzerne

Grünwald, 11. November 2024. Schwache Absatzzahlen bei Elektroautos, wachsende Konkurrenz aus Fernost, immense Gewinneinbrüche, drohende Werksschließungen und Stellenstreichungen bei Herstellern und Zulieferern – eine Hiobsbotschaft jagt derzeit die nächste und es scheint, als gerate die deutsche Automobilindustrie immer tiefer in die Krise. Mit einer Mehrheit von 90 Prozent fordern Deutschlands Autofahrer die Regierung daher jetzt zum Handeln auf, um Deutschlands Vorzeigebindustrie zu unterstützen, vielleicht zu retten. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage von AutoScout24 und Innofact unter 1.008 Autohaltern hervor. Die bevorzugte Maßnahme ist demnach die Abschaffung des für 2035 geplanten „Verbrennerverbots“ – jeder Zweite spricht sich dafür aus. Aber auch E-Auto-Förderungen stehen als Kriseninstrument hoch im Kurs. Direkte Zuwendungen für Konzerne aus der Staatskasse erhalten eine klare Absage.

Sie ist die deutsche Vorzeigebbranche, rund 770.000 Arbeitsplätze hängen hierzulande von ihr ab – kriselt die Automobilindustrie, kriselt Deutschland. Das scheint man hierzulande durchaus zu verstehen und auch ernst zu nehmen. Denn anders wäre es kaum erklärbar, dass aktuell rund 90 Prozent der Befragten von der Politik Lösungsvorschläge zur Überwindung der Krise einfordern. Lediglich einer von zehn (11 Prozent) plädiert dafür, den Dingen ihren freien Lauf zu lassen und Autohersteller sowie Automarkt nicht zu unterstützen.

#### **Absage ans Verbrennerverbot, Zustimmung für mehr Ladesäulen**

Die AutoScout24-Umfrage hat die Teilnehmer auch danach gefragt, welche Maßnahmen sie für geeignet erachten, um einen Weg aus der Krise zu finden. Hierbei wünscht sich jeder Zweite (48 Prozent) eine Anpassung des „Verbrennerverbots“. Ihrer Meinung nach sollte die Regelung, nach der CO2 emittierende Neuwagen ab 2035 in der EU nicht mehr zugelassen werden dürfen, abgeschafft oder zumindest aufgeschoben werden. Starke Zustimmungswerte erzielen zudem Maßnahmen, die die Förderung von E-Autos bzw. der E-Mobilität in Deutschland zum Inhalt haben. So plädieren 39 Prozent der Autofahrer für ein umfassendes staatliches Programm, um flächendeckend mehr Ladesäulen in Deutschland zu errichten. Fast ebenso viele (38 Prozent) sprechen sich dafür aus, dass die Installierung privater Ladeboxen für Stromer staatlich wieder bezuschusst wird.

#### **Bonuszahlungen für Verbraucher sollen Automobilwirtschaft retten**

Knapp jeder Dritte (31 Prozent) trauert auch dem Umweltbonus nach, der Ende 2023 ausgelaufen ist und wünscht sich die staatlichen Zuschüsse beim Kauf von E-Autos zurück. Auch andere Verbraucherzuschüsse stehen bei den Befragten hoch im Kurs. So fordert jeder Dritte (32 Prozent) eine Abwrackprämie für diejenigen, die ihren alten Verbrenner verschrotten und sich im Anschluss einen neuen Stromer kaufen. Aus der Sicht von 27 Prozent der Umfrageteilnehmer sollte der Staat den Kauf gebrauchter E-Autos mit einem Bonus fördern. Jeder Vierte (25 Prozent) glaubt, dass staatliche Anreize für batteriebetriebene Dienstwagen weiterhelfen könnten. Und 22 Prozent sind der Ansicht, dass es jetzt Bonuszahlungen für das Leasen von E-Autos braucht, um aus der Krise zu kommen.

Einen Lösungsansatz sehen die Befragten auch in der Aufwertung des Autofahrens, respektive des motorisierten Straßenverkehrs. So sagt jeder Fünfte (21 Prozent): „Der Autoverkehr sollte insgesamt wieder stärker gefördert werden, etwa durch den Bau neuer Straßen, kostenloser Parkplätze oder die Vergrößerung von Straßen durch die Abschaffung von Radwegen.“

## Deutsche für Entbürokratisierung und gegen direkte Staatshilfen für Konzerne

Direkten staatlichen Zuschüssen für angeschlagene Automobilherstellern wie Volkswagen erteilen die Deutschen eine Absage: Nur 12 Prozent würden die Unternehmen notfalls auch mit Steuergeldern unterstützen. Höhere Zustimmungswerte erhalten Maßnahmen, die auf die Beseitigung bürokratischer Hürden oder anderer Vorschriften abzielen. Entsprechend sagt jeder Vierte (25 Prozent): „Die Automobilindustrie sollte von bürokratischen Verpflichtungen entlastet werden, etwa dem Lieferkettengesetz oder anderen Berichtspflichten zum Thema Nachhaltigkeit.“ 22 Prozent würden zudem ein Auge zudrücken und die für die Hersteller oft hinderlichen Schadstoffgrenzwerte erst einmal aussetzen.

## Mehrheit fordert Aufschub oder Wegfall des Verbrennerverbots

*Frage: Volkswagen und die deutsche Automobilindustrie sind in der Krise, die E-Mobilität kommt nicht vom Fleck. Welche der unten angeführten Maßnahmen wünschen Sie sich in den nächsten Monaten von der Politik, um zumindest einen Teil der Probleme zu lösen?*

	Gesamt	Männer	Frauen
Das 2035 greifende Verbrennerverbot für Neuwagen sollte abgeschafft oder zumindest verschoben werden.	48%	51%	45%
Es braucht ein umfassendes staatliches Programm, um flächendeckend mehr Ladesäulen für E-Autos zu errichten.	39%	39%	38%
Private Ladeboxen für E-Autos sollten staatlich wieder gefördert werden.	38%	37%	40%
Einführung einer Abwrackprämie: Wer seinen alten Verbrenner zugunsten eines E-Autos abschafft, sollte einen staatlichen Bonus erhalten.	32%	29%	36%
Wir sollten zum Umweltbonus zurückkehren, wie wir ihn bis Ende 2023 hatten. Demnach würde der Staat einen Zuschuss beim Kauf eines E-Autos gewähren.	31%	31%	31%
Der Kauf gebrauchter E-Autos sollte durch einen staatlichen Bonus gefördert werden	27%	25%	30%
Es sollte noch bessere steuerliche Anreize geben, um E-Autos als Dienstwagen zu fördern.	25%	24%	26%
Die Automobilindustrie sollte von bürokratischen Verpflichtungen entlastet werden, etwa dem Lieferkettengesetz oder anderen Berichtspflichten zum Thema Nachhaltigkeit.	25%	30%	20%
Es sollten staatliche Zuschüsse für das Leasing von E-Autos gewährt werden.	22%	22%	22%
Die Regelungen zu den Schadstoffgrenzwerten, die die deutsche Autoindustrie belasten, sollten ausgesetzt werden.	22%	30%	15%
Der Autoverkehr sollte insgesamt wieder stärker gefördert werden, etwa durch den Bau neuer Straßen, kostenloser Parkplätze oder die Vergrößerung von Straßen durch die Abschaffung von Radwegen.	21%	22%	19%
Es sollte staatliche Unterstützung für angeschlagene Konzerne wie Volkswagen geben, um diese zu stabilisieren.	12%	10%	14%
Etwas anderes	4%	4%	4%
Die Politik sollte keine Maßnahmen umsetzen, um Probleme der Automobilindustrie zu lösen.	11%	11%	11%

\*Quelle: [www.autoscout24.de](http://www.autoscout24.de) / Innofact; Basis: Repräsentative Stichprobe mit insgesamt 1.008 Autohaltern zwischen 18 und 65 Jahren; Befragungszeitraum: 9. bis 13. Oktober 2024; Mehrfachantworten waren möglich; Werte gerundet.



# Auto Scout24

## Medieninformation

### Über AutoScout24

AutoScout24 ist mit über 2 Mio. Fahrzeug-Inseraten, rund 30 Mio. Usern pro Monat und mehr als 43.000 Händlerpartnern europaweit der größte Online-Automarkt. Neben Deutschland ist die AutoScout24 Group auch in den europäischen Kernmärkten Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Frankreich, Österreich, Norwegen, Dänemark, Polen und Schweden vertreten. Mit AutoScout24 smyle ermöglicht der Marktplatz seinen Nutzerinnen und Nutzern den vollständigen Online-Kauf von Fahrzeugen – kostenlos und ready-to-drive direkt vor die Haustür geliefert. Seit 2020 ist auch der Leasing-Spezialist LeasingMarkt.de und seit 2022 die B2B-Auktionsplattform AUTOproff Teil der AutoScout24 Gruppe. Zusammen treiben die Marktplätze die Digitalisierung des europäischen Autohandels maßgeblich voran.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.autoscout24.de](http://www.autoscout24.de)

### Julia Dreßen

Public Relations

Fon +49 89 444 56-1185

[presse@autoscout24.de](mailto:presse@autoscout24.de)